

Folgen von Corona in München

Zusammenfassung Umfrageergebnis

23.11.2020


Ausgearbeitet von Julia Radlewitz, Dr. Anna Laux, Prof. Dr. Basilios Mylonas, Friedrich Graffe, Norbert Huber

Zur Befragung

- **Ziel:** Fundierten Einblick in die soziale Situation in Folge von Corona in den Bereichen „Kinder/Jugendliche/Familien“, „Armut“ und „Arbeit/Beschäftigung“ einholen, der Stadt bereitstellen und zu Handlungsmöglichkeiten in den Austausch gehen
- **Befragungszeitpunkt:** Ende Oktober - Anfang November 2020
- Ansprache von Trägern/Organisationen/Einrichtungen aus den 3 Arbeitsfeldern
- **Qualitative Online-Umfrage** mit Leitfragen und offenen Textfeldern
- **Teilnahme von ca. 40 Organisationen/Trägern/Einrichtungen** (Schwerpunkt: Freie Träger)
- Auswertung: **Fokus auf Handlungsbedarfen Stadt München/ konkreten Hinweisen**

Betroffene Personenkreise

Verstärkung von bestehender Benachteiligung

- Kinder und Jugendliche aus prekären Verhältnissen, die auch in normalen Zeiten wenig Unterstützung von zuhause bekommen, kein gutes Familiensystem oder bereits Beschulungsprobleme haben
 - Wohnungslose Familien mit Kindern/Geflüchtete
 - Kinder, Jugendliche, Erwachsene mit Behinderungen/ psychischen Erkrankungen
- 
- Verlieren den Anschluss, entwickeln Ängste in der Schule, kommen nicht mehr in lerntauglichen Rhythmus, werden durch Homeschooling nicht ausreichend erreicht durch fehlende Strukturierung von Seiten der Eltern, fehlende technische Ausstattung mit Geräten/Netzanschluss, fehlende Medienkompetenz, ungünstige räumliche Bedingungen
 - Fehlen von Gruppenangeboten ist deutlich spürbar, betroffene Kinder und Jugendliche profitieren gerade davon sehr stark, kein altersgemäßes Freizeitverhalten mehr möglich
 - Steigende Spannungen in Familien
 - Insgesamt steigende Verunsicherung im sozialen Kontakt, z.B. Zunahme von Vorurteilen

Konsequenzen für die Angebote/Einrichtungen

Zunehmendes Erleben von Paradoxien

- Bedarfe steigen (z.B. Redebedarf, mehr Elterngespräche, Homeschooling, mehr Kriseninterventionen) ↔
- Starke Verschiebung der Leistungsangebote in Richtung virtuell und online/ „Distanzformate“, Telefonsprechstunden auch in den Ferien ↔
- Eingeschränkter Kontakt (SBHs, Jugendamt, Fachsteuerungen): Kaum noch Hilfeplangespräche, spärliche Informationen, Rückzug, verzögerte Bescheiderstellung, Absage von wichtigen Arbeitsgruppen, keine ausreichende IT-Ausstattung ↔
- Hygienekonzepte führen zu Reduzierung des Angebots; keine geeigneten Räume, z.B. für außerunterrichtliche Angebote
- Entwicklungsversäumnisse im Bereich Digitalisierung, fehlende Ressourcen-Ausstattung/Refinanzierung IT/EDV
- Anspruch an die Träger, das Angebot aufrechtzuerhalten und eigenverantwortlich Lösungen zu finden, keine ausreichende Finanzierung von Schutzausrüstung, Druck und kleinteiliges Monitoring der Leistungsnachweise

Wo und wie kann die Stadt unterstützen?

- Bessere Ausstattung mit **mobilen Endgeräten/IT-Infrastruktur** (sowohl bei Trägern/Einrichtungen als auch Adressat*innen)/ Sicherung der Refinanzierung, Ausbau digitaler Angebote
- Bereitstellung von zusätzlichen **Räumen**/ Refinanzierung von Raummieten
- Förderung von **Outdoorangeboten**, alternativen Betreuungs- und Freizeitangeboten, die personell ausgestattet werden müssen, Angebote für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum, zusätzliches Sportmaterial
- **Aufrechterhaltung der Kommunikation** von Seiten der Stadt, klarere Handlungsanweisungen, klarere Informationen des Jugendamts, klarere Positionierungen seitens der fachlichen Steuerung
- **Belohnung/Entlastung/Wertschätzung Personal**: Sonderurlaub, Corona-Zulage, dauerhafte Beibehaltung von München-Zulage und Jobticket
- Bereitstellung eines verlässlichen **Kontakts zum Gesundheitsamt**
- Schaffung eines **Krisenstabs zwischen öffentlichen / freien Trägern** ggf. unter Einbezug der betreuten jungen Menschen, um gemeinsam Lösungen zu finden

Betroffene Personenkreise

- Bereits vor der Pandemie „abgehängte“, isolierte Personengruppen
- Menschen mit psychischen Vorerkrankungen
- Senior*innen
- Grundsicherungs- und Hartz IV- Empfänger*innen (nicht ausreichendes Budget für Schutzausrüstung, digitale Ausstattung etc.; teils noch nicht wieder geöffnete und schwer regional erreichbare Tafeln)
- Schuldner*innen und Menschen, die mit der Miete in Verzug geraten
- Kurzarbeiter*innen, Selbständige, Beschäftigte im Niedriglohnsektor
- Familien
- Hilfesuchende Bürger*innen, deren Neu-Anträge nicht bearbeitet werden können

⇒ Gefahr schwerwiegender Existenznöte

Konsequenzen für die Angebote/Einrichtungen

- Kaum bewältigbare Beratungs-Nachfrage (insb. Schuldnerberatungen)
⇒ Anstieg um 20-40 %
- Alltägliche Erschwernisse in der Pandemie-Bewältigung durch:
 - Mangelhafte IT-Ausstattung (bei Stadt, Trägern, Klient*innen)
 - Knappes bzw. kein vorhandenes Budget für Schutzausrüstung
 - Verstärkter Personalmangel (z.B. aufgrund von Positiv-Testungen, psychischen Belastungen)
 - Schlechte Kommunikation zwischen Behörden bzw. mit den Behörden

Wo und wie kann die Stadt unterstützen?

- Verbesserte IT-Ausstattung sowohl der Einrichtungen als auch der Mitarbeiter*innen, dadurch verbesserte Home-Office-Möglichkeiten, verbesserte Erreichbarkeit und Aufrechterhaltung der Aufgaben und Angebote
- Corona-Sonderzahlungen für Grundsicherungs-, Hartz IV-Empfänger*innen und für Personen in existenziellen Notlagen
- Verbesserte und erleichterte Zusammenarbeit durch eine vorübergehende verkürzte Antragsbearbeitung!
- Wertschätzung der Mitarbeiter*innen durch einmalige Corona-Zulage

Betroffene Personenkreise

- Junge Menschen in Ausbildung: Ausbildungsmarkt wird schlechter
- Solo-Selbständige: Starkes Anwachsen im SGB II
- Geringverdiener*innen/Teilzeitkräfte: Zunehmende Arbeitslosigkeit, starkes Anwachsen im SGB III
- Bürger*innen mit psychischen Erkrankungen
- Bürger*innen, die auf der Straße leben
- Teilnehmer*innen für AGH in den sozialen Betrieben werden (noch) weniger zugewiesen
- Qualifizierungsmaßnahmen werden kaum noch mit SGB II Bezieher*innen belegt

Konsequenzen für die Angebote/Einrichtungen

- Beratung im ambulanten Bereich der Wohnungslosenhilfe wird verstärkt in Anspruch genommen
- Der Bedarf an Aufsuchender Sozialarbeit (ASA) hat zugenommen
- Da das Jobcenter teils überlastet, teils schlecht erreichbar ist: höherer Bedarf an Beratungsangeboten zum ALG II
- Tagesaufenthalte für obdachlose Menschen mussten Besucherzahlen einschränken. Dadurch fehlen noch mehr Möglichkeiten in diesem Bereich.
- Zusätzlicher Bedarf an Orten für Körper- und Wäschehygiene aufgrund der Hygienekonzepte

Wo und wie kann die Stadt unterstützen?

- Beratung im ambulanten Bereich der Wohnungslosenhilfe ausweiten
- Aufsuchende Sozialarbeit (ASA) ausweiten
- Beratung Langzeitarbeitsloser aufstocken (nicht um 50% kürzen wie im MBQ geplant)
- Arbeits- und Beschäftigungsbereich ausbauen insbesondere für Solo-Selbständige und Aufstocker*innen
- Ausbildungsangebote für benachteiligte Jugendliche in der berufsbezogenen Jugendhilfe verstärken
- Freie Stellen bei den sozialen Betrieben schnell zur Besetzung frei geben und zügig nachbesetzen
- Mindereinnahmen wegen rückgängiger Belegung ausgleichen
- Übernachtungsschutz für obdachlose Menschen auf Dauer auch tagsüber offen halten

Das Wichtigste auf einen Blick

Um eine Vertiefung der sozialen Spaltung zu verhindern, empfehlen wir auf Basis der Umfrageergebnisse:

- IT-Infrastruktur bei Stadt, Trägern und Adressat*innen ausbauen bzw. unkompliziert refinanzieren
- Freie Stellen im Sozialreferat, RBS und RGU schnell zur Besetzung frei geben und zügig nachbesetzen
- Personal aufstocken z.B. in der Schuldner*innenberatung, Wertschätzung vermitteln durch z.B. klare Botschaft zur dauerhaften Fortsetzung der Münchenezulage
- Öffentlich kommunizierte Übernahme der Tariferhöhungen bei den freien Trägern
- Professionelle Kommunikation und persönliche Erreichbarkeit der verantwortlichen Stellen und Organisationen sicherstellen
- Zusätzliche Räumlichkeiten, Outdoorangebote für Kinder/Jugendliche und Arbeitsgelegenheiten schaffen
- Nottelefon beim Gesundheitsamt bereitstellen für Gemeinschaftseinrichtungen zur Klärung von aktuellen Corona-Verdachtsfällen
- Übernachtungsschutz für obdachlose Menschen auf Dauer auch tagsüber offen halten